

Mittwoch, 20. April 2016



Czada: „Islam gehört nicht zu Deutschland“

Fragen an AfD-Kreischef

Die Äußerungen mehrerer hochrangiger AfD-Politiker, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, haben bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Im Interview mit Redakteurin Bea Wiese sagt der AfD-Kreistagsabgeordnete Jan Hendrik Czada: „Wir wollen in Deutschland nicht irgendwann eine Dominanz des Islam!“



Jan Hendrik Czada, AfD-Kreistagsabgeordneter und Mitglied des AfD-Landesvorstands.

Herr Czada, wie ist Ihre Meinung, gehört der Islam zu Deutschland?

Jan Hendrik Czada: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Jedoch gehören integrierte Muslime zur Bevölkerung und als Menschen zu unserem Land. Da muss man differenzieren.

Das hieße im Umkehrschluss, nicht integrierte Menschen muslimischen Glaubens – also solche, die neu ankommen – passen nicht in unser Land?

Nicht integrierte Menschen muslimischen Glaubens, die neu ankommen, gehören nicht zu unserem Land. Jedenfalls nicht so schnell. Um Inländer zu werden, ist deutlich mehr nötig, als einen Antrag auf temporär gedachtes Asyl wegen politischer Verfolgung zu stellen. Es wurde in Deutschland über die Jahrzehnte nicht nur bewiesen, dass sich Muslime grundsätzlich integrieren können, sondern ebenfalls, dass besonders Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis erhebliche Integrationsprobleme verursachen.

Die AfD-Vize von Storch sagt, der Islam sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Islam steht dem Faschismus oft näher als unserer demokratisch-freiheitlichen Grundordnung, inklusive Antisemitismus und Märtyreriologie ... Als politische Ideologie ist der Islam nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Das beinhaltet die Schlechterstellung von Frauen, von Ungläubigen oder die Anwendung der Scharia. Muslime müssen sich mit einer aufgeklärten Auslegung des Korans von diesen Elementen lösen und dem Grundgesetz unterordnen. Es muss in Deutschland klar sein: Der Koran steht nicht über dem Grundgesetz.

Der AfD-Landesvorsitzende Jörg Meuten will eine „Dominanz christlich geprägter Religion“. Wie soll das aussehen in Kindergärten, Schulen, Amtsstuben, Gotteshäusern? Es ist nicht die Aufgabe der Politik, die Dominanz einer bestimmten Religion zu bestimmen. Dabei gilt eine Trennung von Staat und Kirche. Aber wir müssen gerade deshalb auch sagen: Wir wollen in Deutschland nicht irgendwann eine Dominanz des Islam.

Wenn es nach Frau von Storch geht, verschwinden die Symbole des Islam. Was soll aus den Moscheen werden? In Aalen und Gmünd gibt es einige davon.

Ich halte nichts davon, islamische Symbolik oder den Bau von Moscheen zu verbieten. Auch die freie Religionswahl und -ausübung gehört zu unserem Wertefundament. Das muss man gerade Muslimen glaubhaft vermitteln.

© Wirtschaft Regional 20.04.2016 19:10